

Weiland, Irmi

Grundschule ohne Noten. Vom Versuch eines Versuchs

Die Deutsche Schule 86 (1994) 3, S. 288-295



Quellenangabe/ Reference:

Weiland, Irmi: Grundschule ohne Noten. Vom Versuch eines Versuchs - In: Die Deutsche Schule 86 (1994) 3, S. 288-295 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-311282 - DOI: 10.25656/01:31128

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-311282>

<https://doi.org/10.25656/01:31128>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

86. Jahrgang 1994 / Heft 3

Am 10. Oktober vollendet Hans-Georg Herrlitz das 60. Lebensjahr. Im Namen der GEW gratuliere ich ihm sehr herzlich.

Hans-Georg Herrlitz ist seit 1976 Mitglied der Schriftleitung dieser Zeitschrift. Er hat „Die Deutsche Schule“ – zunächst neben Heinrich Roth – in ihrem erziehungswissenschaftlichen, bildungspolitischen und reformerischen Profil wesentlich geprägt. Dabei war und ist es ihm besonders wichtig, wissenschaftliche Standards zur Geltung zu bringen. Diese Autonomie der Redaktion ist für den Vorstand der GEW und des Bildungs- und Förderungswerks der GEW selbstverständlich, nicht nur, weil wir zu Hans-Georg Herrlitz besonderes Vertrauen haben, sondern auch, weil es unserem Selbstverständnis von Wissenschaft entspricht, daß nur eine offene Debatte, die sich gleichwohl an den Bedürfnissen derjenigen orientiert, für die Schule gemacht wird, der Entwicklung des Bildungswesens dienlich sein kann. Im übrigen: Hans-Georg Herrlitz hat niemals Zweifel daran gelassen, daß sein Ziel die Schule für alle Kinder ist. Hans-Georg Herrlitz ist für die GEW auch durch seine Mitarbeit im Wissenschaftlichen Beirat der Max-Traeger-Stiftung ein anspruchsvoller und unentbehrlicher Gesprächspartner.

Dieter Wunder

Die Kolleginnen und Kollegen der Schriftleitung schließen sich diesen Glückwünschen von Herzen an!

Traditionelle Verfahren der Leistungsrückmeldung und der Schülerbeurteilung werden pädagogischen Ansprüchen nicht gerecht. Der Beitrag versucht, die erstaunliche Kritikresistenz des Notensystems zu erklären, und er beschreibt Ansätze zu notwendigen Veränderungen. Gefordert werden eine kollegiale, kommunikative Lern diagnose und notenfreie, helfende, prozeßbegleitende Leistungsrückmeldungen.

Dieter Weiland

Lernentwicklungsberichte

272

Vom Versuch eines Versuchs

Schulen, welche die Unterschiedlichkeit ihrer SchülerInnen achten und als Bereicherung sehen, sind auf individuelle Formen der Lernbeobachtung und Lernrückmeldung angewiesen. Der Beitrag beschreibt die inzwischen über zwei Jahrzehnte geübte und bewährte Praxis der „Lernentwicklungsberichte“ in einer Gesamtschule, die bis zum Ende des 8. Schuljahres auf Leistungsbewertung durch Noten und Notenerzeugnisse verzichtet.

Irmi Weiland

Grundschule ohne Noten

20 Jahre Praxis an einer Gesamtschule

288

Einige Grundschulen möchten die Ziffernoten über das erste und zweite Schuljahr hinaus abschaffen. Wie heftig ein solcher Versuch umstritten sein kann, zeigt dieser Bericht aus einer Schule, die gewohnte Verfahrensweisen abschaffen wollte, eindringlich. Schulen, die sich mit ähnlichen Zielen auf den Weg machen, müssen mit harten Widerständen rechnen und einen langen Atem haben.

Luise Winterhager-Schmid

Kultivierung des Kinderalltags in der „Vollen Halbtagschule“

296

Eine Antwort auf die veränderte Lebenswelt der Kinder

Für viele Kinder schwindet die Möglichkeit, ganz selbstverständlich in einer kindgerechten Lebenswelt aufzuwachsen. Zu einer „Kultivierung des Kinderalltags“ muß und kann die Schule beitragen. Ein guter Ansatz dafür könnte die „Volle Halbtagschule“ werden, weil sie die Familien nicht entmachtet, sie aber erzieherisch unterstützen kann.

Günter Warnken

Die „Volle Halbtagschule“ –**Eine Herausforderung, Schule neu zu gestalten**

314

Daß die SchülerInnen in vielen Grundschulen „von acht bis eins“ betreut werden, entspricht einem gesellschaftlichen Bedürfnis, aber es ist zugleich mehr als dies: Es ist der Wunsch nach einer Schule, die sich intensiver als bisher auf die jeweiligen Bedürfnisse der Kinder einläßt, sie „ganzheitlich“ beim Aufwachsen begleitet. Auch die Lehrenden nehmen ihre Schule neu wahr.

Heinz Günter Holtappels

Schulzeit als Schulqualitätsfaktor

327

Erneuerungsprozesse und Entwicklungsstand in „Vollen Halbtagschulen“

Was können ein erweiterter Zeitrahmen und eine alternative Zeitstruktur zur Entwicklung der Lernkultur in Unterricht und Schulleben beitragen? Wie verlaufen die entsprechenden Innovationen in der Schulpraxis? – Der Beitrag beschreibt erste Ergebnisse, Folgerungen und Perspektiven des Schulversuchs „Volle Halbtagschule“ in Niedersachsen.

Ulrike Freytag und Helga Pietruschka

Sozialpädagogische Betreuung in einer Halbtagsgrundschule

344

Eine Grundschule erhält durch die Teilnahme am Schulversuch „Volle Halbtagschule“ einen erweiterten zeitlichen Rahmen, den sie u. a. zur Gestaltung eines Betreuungsbereichs nutzt, welchen die Kinder vor und nach dem Kernunterricht aufsuchen können. – Die Erfahrungen beeindrucken trotz (oder wegen) dieser bescheidenen Zielsetzung und der ebenso bescheidenen räumlichen und personellen Bedingungen – zeigen sie doch, was es für heutige Kinder konkret bedeuten kann, Schule nicht nur als Lern-, sondern auch als Lebensort zu erfahren.

Beat Mayer

Die Reform der Volksschule in der Schweiz

358

In einigen Kantonen der Schweiz wird derzeit versucht, innerhalb des kaum veränderbaren strukturellen Rahmens vielfältige Veränderungen in Gang zu bringen. Diese zielen u. a. auf eine größere Heterogenität der Lerngruppen und eine entsprechende innere Differenzierung, die Leistungsbeurteilung soll individueller sein und die Lernenden selbst einbeziehen, die Fächer sollen stärker aufeinander bezogen werden und ... Der Bericht ermöglicht Vergleiche mit der deutschen Schule und kann deren (Weiter-)Entwicklung anregen.

Ingeborg Rovó

Wortmeldung

367

Lehrerinnen und Lehrer in den neuen Bundesländern fühlen sich von westdeutschen Bildungspolitikern, Erziehungswissenschaftlern und anderen freundlichen Helfern zunehmend in ein falsches Licht gestellt. Dagegen verwahrt sich eine betroffene Kollegin, indem sie darauf besteht, daß mit der Wende für die Lehrkräfte keineswegs zwangsläufig das politische Weltbild und das pädagogische Selbstwertgefühl zerbrochen sind.

Neuerscheinungen:

374

- Peter Menck: Geschichte der Erziehung (HGH)
- Gerd Radde u. a. (Hg.): Schulreform – Kontinuitäten und Brüche. Das Versuchsfeld Berlin-Neukölln (HGH)
- John Dewey: Demokratie und Erziehung (Franz-Josef Krumenacker)
- Rupert Vierlinger: Die offene Schule und ihre Feinde (DW)
- Annedore Prengel: Pädagogik der Vielfalt (DW)
- Ellen Schlüchter: Plädoyer für den Erziehungsgedanken (Hartwig Schröder)
- Stefan Leber (Hg.): Waldorfschule heute (LU)
- Angelika Henschel: Geschlechtsspezifische Sozialisation (Matthias Buschmann)
- Roland Reichwein/Alfons Cramer/Ferdinand Buer: Umbrüche in der Privatsphäre (Wulf Hopf)
- Claudia Solzbacher: Politische Bildung im pluralistischen Rechtsstaat (Hagen Weiler)

Grundschule ohne Noten

Vom Versuch eines Versuchs

Am 27. 1. 93 stellte die Hainbundschole in Göttingen an das Kultusministerium in Hannover den folgenden Antrag: „Die Gesamtkonferenz der Hainbundschole beantragt zum 1. 8. 1993 nach § 14 NSchG einen Schulversuch Grundschule ohne Noten. Er soll als Modellversuch des Landes Niedersachsen durchgeführt werden. Für die in den Schuljahren 1993/94 und 1994/95 jeweils 3. bzw. 4. Klassen soll die Praxis der Lernrückmeldung ohne Noten aus dem 1. und 2. Schuljahr fortgesetzt werden. Die bisherigen Halbjahreszeugnisse sollen durch Zeugnisgespräche, die Zeugnisse am Schuljahresende durch Lernberichte ersetzt werden. Am Ende des Schuljahres 1994/95 soll die Gesamtkonferenz auf dem Hintergrund der bis dahin gemachten Erfahrungen entscheiden, ob die Fortsetzung des Schulversuchs beantragt werden soll. Die Gesamtkonferenz der Hainbundschole hat diesem Antrag am 25. 1. 1993 zugestimmt (Abstimmungsergebnis 14:10). Die Eltern wurden im Rahmen des § 77 NSchG beteiligt. Der Schulelternrat der Hainbundschole hat dem Antrag in seiner Sitzung am 19. 1. 1993 zugestimmt (Abstimmungsergebnis 16:12:1).“

Am 1. 7. 1993 erhielt die Schule von der Bezirksregierung Braunschweig zur Antwort:

„Aufgrund der äußerst kontroversen Diskussionen und Stellungnahmen, die sich aus der Beratung und Beschlußfassung des Schulversuchs im Kollegium, der Elternschaft und in der Öffentlichkeit ergaben, wäre eine Genehmigung des beantragten „Schulversuchs Grundschule ohne Noten“ zum 1. 8. 1993 dem Vorhaben, das das Nieders. Kultusministerium grundsätzlich positiv bewertet, nicht dienlich. Der Antrag wurde deshalb mit dem o. a. Erlaß abgelehnt. Es wird Ihnen jedoch anheimgestellt, einen neuen Antrag zu einem späteren Zeitpunkt zu stellen; dabei sollten qualifizierte Quoten des Schulelternrates und der Gesamtkonferenz angestrebt werden.“

Welche Entwicklungen liegen zwischen diesen beiden Briefen? Der folgende Bericht ist subjektiv, er stellt nicht den Anspruch, eine distanzierte Schilderung und nüchterne Bestandsaufnahme anzubieten. Der Bericht soll deutlich machen, womit Schulen zu rechnen haben, die sich auf den Weg machen, das herkömmliche Noten- und Zeugnis(un)wesen zu verändern. Vielleicht kann die Schilderung des Planens und der Auseinandersetzungen, der Verletzungen, des Scheiterns Anregungen oder Hilfen für andere Schulen bieten. Vielleicht kann ein solcher Bericht anregen, es „ganz anders“ zu versuchen, vielleicht kann er helfen, „unsere“ Fehler zu vermeiden. Vielleicht zeigt er auch, wie Lehrerinnen und Lehrer mit Reform-

bemühungen alleine gelassen werden und wie mangelnde bildungspolitische Entscheidungen ihr Scheitern provozieren. Vielleicht ...

Die *Hainbundschole* ist eine vierzügige Grundschule mit Schulkindergarten in einem Neubaugebiet in Göttingen. Das Kollegium umfaßt 20 KollegInnen und eine Sozialpädagogin. Die Altersstruktur liegt bei 50 Jahren. Ich leite die Schule seit sechs Jahren. In dieser Zeit sind außer mir elf KollegInnen neu in die Schule gekommen. Diese Situation brachte es mit sich, daß viele Veränderungen in die Schule getragen wurden, gewohnte und vertraute Dinge des Schulalltags und der Unterrichtsgestaltung neu bedacht, manchmal in Frage gestellt wurden. Die Klassenräume sind mit viel Phantasie und Initiative zu kinder- und lehrerfreundlicheren Lernräumen gestaltet worden. Alle Klassen, denen dies wichtig ist, sind mit vielfältigem Arbeits-, Spiel- und Lesematerial ausgestattet. Unterricht öffnet sich durch die Arbeit mit Tages- und Wochenplänen, Projekten, Arbeit nach Wahl, Arbeitsgemeinschaften. Die Schulklingel stört niemanden mehr, auch mit Zeiteinteilungen flexibel umzugehen. Mit vielen LehrerInnen, StudentInnen, Seminaren sind wir ins Gespräch über unsere Arbeit gekommen. Die Wünsche nach Hospitationen und Veranstaltungen können wir gar nicht alle erfüllen. An vielen Stellen war diese veränderte Arbeit in der Schule mit Konflikten verbunden. Auseinandersetzungen, die im folgenden eine Rolle spielen, sind auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Individuelles Arbeiten, Abbau von Konkurrenz und Leistungsdruck, Stärken des einzelnen Kindes, Fördern von sozialem Miteinander als Kernpunkte eines sich öffnenden Unterrichts führten folgerichtig zu einem kritischen Überdenken der Noten- und Zeugnispraxis. Vielleicht wäre es aber noch weiterhin beim Stöhnen und Jammern über die herkömmlichen Beurteilungsverfahren geblieben, wenn nicht im August 1991 die Kultusministerin von Schleswig-Holstein, Marianne Tidick, ihr Vorhaben einer notenfreien Grundschule der Öffentlichkeit vorgestellt hätte. Einen Monat später hieß es auch in den Pressemitteilungen aus dem Nieders. Kultusministerium, daß für den Kultusminister, Prof. Rolf Wernstedt, der „Verzicht auf Zeugnisnoten in der Grundschule ‚sehr überlegenswert‘ ist“. Er ermunterte die Schulen, über „alternative Modelle der Leistungsbeurteilung in der Grundschule nachzudenken“ und verwies auf den Erlass für „Volle Halbtagschulen“ und Integrationsklassen, denen gestattet wird, im dritten Schuljahr und nach dem ersten Halbjahr des vierten Schuljahres Zeugnisse mit verbalen Leistungsbeurteilungen auszugeben.

Im Januar 1992 begannen wir in der LehrerInnengruppe mit der *Diskussion über eine Schule ohne Noten*. In unserem ersten gemeinsamen Gespräch ergab ein „Blitzlicht“: 13 KollegInnen wollten sich für ein solches Vorhaben engagieren, drei formulierten ihre Einschätzung abwartend, unentschlossen, sieben sprachen sich – zum Teil sehr heftig – dagegen aus: In dieser Bestandsaufnahme sah ich eine gute Grundlage, das Thema anzugehen. Bis zur Antragstellung zum 1.2.93 blieb ein Jahr Zeit. Um allen KollegInnen die Möglichkeit zu vielfältiger Information zu geben, stellte ich einen „Literaturtisch“ zusammen: Wissenschaftliche Bestandsaufnahmen zur Notenproblematik, Hilfen zum Zeugnisbericht, einfühlsame Schilderungen von Notenelend und Schülerentmutigung. Das Kultusministerium Schleswig-Holstein antwortete auf eine Anfrage mit

Informationsmaterial, aus Hamburg und Bremen (später aus Brandenburg) hatten wir hilfreiches Material über dort praktizierte Alternativen erhalten. Eine runde Sache – wie mir schien – aber sie hatte einen Haken: Nur wenige haben darin gelesen! Deshalb stellte ich zwei Monate später für Kollegium und ElternvertreterInnen einen Reader zusammen, der Argumente pro und contra Noten enthielt, Vorteile und Schwierigkeiten bei Lernberichten benannte und verschiedene „Zeugnisbriefe“, Lernberichte als Beispiele zeigte. – Von Eltern kamen dazu viele Nachfragen.

Eine Gesamtkonferenz im Februar 92 setzte eine *Planungsgruppe* ein, die „pädagogische Konferenzen“ zum Thema vorbereiten sollte. (Für den Vorschlag einer pädagogischen Klausurtagung fand sich keine ausreichende Mehrheit.) Niemand aus der Gruppe der LehrerInnen, die einem Schulversuch skeptisch gegenüberstanden, war bereit, in der Planungsgruppe mitzuarbeiten. In zwei *Konferenzen* prallten die Meinungen heftig aufeinander, pro- und contra-Argumente standen unversöhnlich und unproduktiv auf der Wandzeitung nebeneinander. Deshalb schien es uns sinnvoll, *Hilfe von außen* anzufordern, die den Kreis, in dem wir uns drehten, durchbrechen könnte. Prof. Dr. Wulf Wallrabenstein sagte uns diese Hilfe zu und kam im Mai zu Referat und Diskussion: ein begeisternder, aufrüttelnder Vortrag, humorvoll, handfest aus der Praxis berichtend, engagierte Appelle zum Verändern und Umdenken, aber auch Angebote von Arbeitsstrategien und Hilfen, diese neuen Aufgaben bewältigen zu können. – Für mich war es unverständlich, daß diese Ausführungen wenig ausrichteten gegen die schon häufig geäußerten *Bedenken*:

- Berichtzeugnisse sind eine nicht zumutbare Strapazierung der Lehrerarbeitszeit.
- Berichte verschleiern, beschönigen, die Aussagen sind undurchschaubar.
- Rechtsfragen bei Berichten sind ungeklärt.
- Viele Kinder lernen erst, wenn sie die Noten im Nacken haben.
- Wenn das für Schule so wichtig ist, soll der Kultusminister eine gesetzliche Regelung treffen – dann sei man bereit, sich zu fügen.

– ...

Die zurückbleibende Ratlosigkeit veranlaßte die Gruppe, die den Schulversuch durchführen wollte, die *Bedingungen* für diesen Versuch *neu zu formulieren*:

Er sollte zunächst auf zwei Jahre begrenzt werden. Lernberichte sollten nur am Schuljahresende erstellt werden, im Schulhalbjahr durch verpflichtende Gespräche zwischen Kind, LehrerInnen und Eltern ersetzt werden. Die zu diesem Zeitpunkt 1. und 2. Schuljahre würden den Versuch tragen, vom 3. Schuljahr an aufbauend. Alle KlassenlehrerInnen dieser Jahrgänge waren einverstanden. Die Skeptiker des Versuchs wären damit von neuen Regelungen nicht betroffen.

In einer der nächsten Besprechungen formulierte es eine Kollegin so: Man möge ihr und den sieben anderen KollegInnen doch gestatten, etwas Neues auszuprobieren. Aber die LehrerInnen, die diese Entwicklung für falsch hielten, fürchteten – wie sie sagten – den „Erfolgswang“ und kündigten an, „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen anzugehen“, wie es ein Kollege ausdrückte.

In der folgenden Zeit wurde deutlich: In den Klassen, in denen die dem Reformschritt gegenüber skeptischen LehrerInnen tätig waren, herrschte auch die *Ablehnung der Eltern* vor. Und umgekehrt: Wo Eltern Erfahrungen mit offeneren Formen von Unterricht machen konnten, veränderte Lernbeobachtung und -rückmeldung kennengelernt hatten, überwog die *Zustimmung* zu einem Versuch „Grundschule ohne Noten“. Die Gruppe der Eltern, die bewußt schulische Konkurrenz forderte, das Einordnen der Kinder über Ziffernnoten als unverzichtbar für eine „Leistungsgesellschaft“ ansah, formulierte diesen „Elternwillen“ immer heftiger. Dies war besonders ärgerlich, weil sie vom geplanten Schulversuch nicht mehr betroffen gewesen wären. Es entstand der Eindruck, daß *sachliche Auseinandersetzungen nicht mehr möglich* waren. Deshalb versuchte ich auch hier, Hilfe von außen zu bekommen. Durch die Bereitschaft Gerhard Sennlaubs, für Eltern eine Veranstaltung durchzuführen, erhoffte ich einen neuen Ansatz in der Diskussion. Der Abend stand unter dem Thema „Ohne Noten lieber lernen – und mehr leisten“ und war gut besucht. Beispiele aus der Praxis, die Gerhard Sennlaub vortrug, waren ein eindrucksvolles Plädoyer gegen das unsinnige Vergleichen von Kindern und für die Hilfe der Schule, „jedem das Seine“ zu gewähren. Kritik formierte sich nach diesem Abend: Die Befürworter von Noten seien noch nicht genügend zu Wort gekommen. Deshalb bereiteten wir unter dem Stichwort „Pro und Contra“ eine *Podiumsdiskussion* vor. Auf dem Podium diskutierten Eltern, LehrerInnen unserer Schule, LehrerInnen der weiterführenden Schulen: Orientierungsstufe, Gesamtschulen. Der fade Geschmack, den Podiumsdiskussionen oft hinterlassen, blieb auch an diesem Abend zurück. Gegner und Befürworter von Lernberichten verteidigten – zum Teil sehr heftig – ihre Argumente, wobei sich die Gegner sehr viel lauter Gehör verschafften. Niemand hatte wohl den Eindruck, etwas Neues erfahren zu haben, oder gar seine Meinung geändert. Diese Entwicklungen waren sehr bedrückend. Mut machten uns aber die *Diskussionen mit Eltern* der Klassen, in denen veränderte Lernbedingungen, sich öffnender Unterricht, eine andere Basis zur Diskussion geschaffen hatten. Hier waren Eltern bereit, über eigene schlimme Noten- und Beurteilungsverfahren zu berichten. Manche schilderten, wie betroffen sie die „Notengeilheit“ ihrer älteren Kinder mache, bei denen es nicht mehr um das Lernen, um die Sache gehe, wie gegeneinander gekämpft würde. Aber auch die Sorge, daß ihre Kinder durch die Praxis in der Orientierungsstufe „in ein Loch fielen“, wurde ausgesprochen.

Mitte Januar 93 tagte der *Schulelternrat*, um über den Antrag abzustimmen. Die ElternvertreterInnen waren vorher aufgefordert worden, ein Votum in ihren Klassen zu erfragen. Dies entsprach den Vorschriften des Nieders. Schulgesetzes, eine schriftliche Befragung aller Eltern ist nicht vorgesehen. Wir hielten sie auch nicht für sinnvoll, da der Versuch nur die Eltern der 1. und 2. Klassen betreffen würde. In diesen Klassen waren Abstimmungen an den Elternabenden durchgeführt worden: 74 % der Eltern waren beteiligt gewesen, davon stimmten 72 % der Eltern einem Versuch „Grundschule ohne Noten“ zu. Dies schien mir eine gute Basis für den Versuch zu sein. Dieser Eindruck veränderte sich massiv durch das Abstimmungsverhalten der VertreterInnen der 3. und 4. Klassen, von denen sich nur eine Vertreterin

der Stimme enthielt. Ergebnis der Abstimmung im Schulleiternrat: 16 ElternvertreterInnen sprachen sich für den Versuch aus, 12 dagegen. Das Abstimmungsergebnis in der *Gesamtkonferenz* – eine Woche später – stellte sich ähnlich knapp dar: 14 zu 10.

Beide Ergebnisse veranlaßten die ablehnenden Stellen später zu dem Hinweis, bei einem neuen Antrag „qualifizierte Quoten“ anzustreben. Ist es in einer Demokratie so ungewöhnlich, daß Entscheidungen „knapp“ ausfallen? Hätte dies die Bezirksregierung bzw. das Ministerium nicht auch veranlassen können, die Reformbemühungen entschiedener zu unterstützen?

Diese Unterstützung wurde uns sehr wohl vom *Schulrat*, der für unsere Schule zuständig ist, gewährt. Er führte viele zeitaufwendige Gespräche mit Eltern, wies Unterstellungen zurück, warb um Fairneß, verteidigte „den guten Ruf der Schule“. In einer Dienstbesprechung bot er den KollegInnen, die sich mit dem Versuch nicht arrangieren wollten, den Tausch an benachbarte Schulen an. Dies wurde als Versetzungsdrohung interpretiert, niemand akzeptierte das Angebot.

Nachdem Schulleiternrat und Gesamtkonferenz dem Antrag zugestimmt hatten, der Antrag auf dem Dienstweg eingereicht war, unternahm die *Gruppe der KollegInnen, die das Stellen des Antrags für falsch hielt*, eine Reihe von Aktivitäten:

- Sie schrieb als „Teil des Lehrerkollegiums“ eine Stellungnahme an das Kultusministerium (ohne den Dienstweg einzuhalten). Diese enthielt Kritik am Diskussionsverlauf, zur Informationsvermittlung, Beschwerde über die „Profiländerung“ der Schule, forderte u. a. „Ermittlung der Versuchsausgangslage ..., Versuchsparmeter und zu untersuchende Variable, ... statistisch-empirische Verfahren ...“
- Nachträglich führten Eltern aus den 3. und 4. Klassen (die nichts mit dem Versuch zu tun hatten), unterstützt von den LehrerInnen eine Elternbefragung durch. Die negativen Stimmen wurden dem Ministerium eingereicht.
- An die Presse und eine politische Partei wurden Informationen weitergegeben, die die Schule heftig angriffen.
- Aus dem Kultusministerium beklagte man sich über dauernde Anrufe und Beschwerden. Auch anonyme Briefe gingen ein („Hände weg von den Noten, sonst bekommt Ihr die Quittung bei der nächsten Wahl!“).

Befürwortende Briefe aus den betroffenen Klassen, von Parteien und Göttinger Politikern hatten wohl nicht denselben Effekt. 14 Tage nach Einreichen des Antrags erhielt der für uns zuständige Schulrat die „Weisung“, den Antrag nicht weiterzureichen. Es gebe keine 2/3-Mehrheit in den entscheidenden Gremien, der Schulfriede sei erheblich gestört. Man riet der Schule, den Antrag zurückzuziehen. Da die Schule in ihrem entscheidenden Gremium demokratisch eine andere Entscheidung getroffen hatte, zogen wir diese „Lösung“ nicht in Betracht. (Für die angesprochene 2/3-Mehrheit gibt es keine erlaßmäßige Grundlage. So ging der Antrag auf den Weg.)

Am 1. Juli 93, die großen Ferien hatten längst begonnen, traf der am Anfang dieses Berichts zitierte ablehnende Bescheid ein. Kurz nach den Ferien wurde mir in einem *Gespräch mit einem Vertreter des Kultusministeriums* mitgeteilt, daß das MK es „dulden“ würde, wenn auf Beschluß der Mehrheit

der Elternschaft einer Klasse im 3. Schuljahr und in der 1. Hälfte des 4. Schuljahres Lernberichte statt Noten ausgegeben würden, eine Regelung, die für „Volle Halbtagschulen“ und Integrationsklassen bereits erlaßmäßig getroffen ist. (Auf Verlangen der Erziehungsberechtigten sind aber auch in diesen Klassen Zensurenzeugnisse auszustellen.) Eine schriftliche Mitteilung über diese Regelung erhielten wir nicht.

Zwei der vier 3. Schuljahre sprachen sich daraufhin für Lernberichte aus. Die beiden anderen waren das „Hin und Her in der Diskussion satt“, bemängelten auch die unsichere rechtliche Lage und entschieden sich für Noten. – Damit ist die wichtige Diskussion um andere Formen der Leistungsbewertung zumindest nicht beendet, wie es eine generelle Ablehnung des Antrags sicher zunächst bedeutet hätte. Jedes Jahr muß aber nun in jeder Klasse neu diskutiert und abgestimmt werden; das wird viel Kraft kosten, Unruhe mit sich bringen. Am Ende des 4. Schuljahres bleiben die Noten, daran rüttelt z. Z. in Niedersachsen noch niemand. Gerade in Göttingen wäre dies nicht nötig gewesen, da die Kinder die Möglichkeit haben, auf die – bis zum 9. Schuljahr notenfreie – „Integrierte Gesamtschule“ zu gehen.

Am Beginn der Diskussion hatte ich *Zutrauen zur Lern- und Veränderungsbereitschaft von LehrerInnen*, wenn es gelingen würde, kompetent zu informieren, ausführlich zu diskutieren. Auch für die Eltern schien mir das Angebot ausführlicher Informationen als Grundlage für eine Veränderung möglich. An diesen beiden Stellen sind wir gescheitert. Die Teilgruppe des Kollegiums, die den Versuch nicht wollte, vertrat immer wieder das Argument der nicht leistbaren Belastung durch das Schreiben von Lernberichten. Der Appell, hier gemeinsam und voneinander zu lernen, sich Hilfen zu beschaffen, blieb ohne Resonanz. Die skeptischen KollegInnen empfanden das Vorhaben offenbar als *Bedrohung* und wehrten sich damit auch gegen andere Innovationen, die ihnen in den letzten Jahren durch eine veränderte Arbeit „zugemutet“ wurden. Eine negative emotionale Stimmung stand allen Argumenten im Weg. So ist es nicht verwunderlich, daß keine(r) der KollegInnen, die gegen den Versuch waren, die Meinung geändert hat, daß sie auch nicht bereit waren, den KollegInnen, die den Versuch tragen wollten, dies zu gestatten. *Emotionen* blockierten auch den Weg zu einer sachlichen Diskussion mit dem Teil der Eltern, der gegen den Antrag eines Versuchs war. Vorwiegend waren es Eltern, die bisher auch keine anderen Möglichkeiten und Formen der Leistungsbeurteilung kennengelernt oder ihre Notwendigkeit in einem veränderten Unterricht erfahren hatten. (Die bisher geübte Praxis verbaler Beurteilungen nach den Formulierungshilfen des Zeugnisclasses zu „Arbeitsverhalten“ und „Besondere Interessen und Fähigkeiten“ werden von vielen Eltern – berechtigt – als „Phrasen“ abgetan und selten als Hilfe zum Lernen verstanden.) Da aber keine neuen Fragen gestellt wurden, blieben auch die „alten“ Einstellungen.

Der Antrag ist abgelehnt – ein Versuch, in einer Grundschule ohne Noten zu arbeiten, gescheitert. Für mich bleibt es eine Frage, ob diese Beschreibung unseres Versuches für andere Schulen „lehrreich“ sein kann. Der Punkt, an dem ich sagen könnte „Das hätten wir anders machen müssen“, ist für mich nicht greifbar. Es ist in meinen Augen vielmehr ein *Netz von Bedingungen und Strukturen, in denen das Vorhaben „hängengeblieben“ ist:*

(1) Die *konträren Einstellungen* zur Notenproblematik innerhalb des Kollegiums – durch Emotionen verstärkt – stellten ein nicht zu überwindendes *Hindernis* dar. So lange es nicht möglich ist, daß KollegInnen, die zusammen arbeiten und Neues ausprobieren wollen, die von ähnlichen Zielvorstellungen ausgehen, dies auch gemeinsam tun dürfen, indem sie z. B. an eine Schule ihrer Wahl versetzt werden, so lange werden konträre pädagogische Vorstellungen sich behindern oder – wie in unserem Fall – Reformversuche unmöglich machen. Andere Länder nutzen die Chance, daß die Schulen auf die Bildung ihrer LehrerInnenkollegien Einfluß nehmen können, längst – mit guten Erfahrungen.

(2) Die *Erfahrungen* einiger Eltern mit verändertem, sich öffnendem Unterricht und mit anderen Formen der Leistungsmessung *waren noch zu gering*, um eine veränderte Diskussion zu Noten führen zu können. So gründeten sich Argumente für Noten fast nur auf die eigene Schulerfahrung oder die mit älteren Kindern, die herkömmliche weiterführende Schulen besuchen. Ergebnisse aus der pädagogischen Forschung sind weitgehend unbekannt; über die „Fachleute“ waren sie auch nicht durch einen einmaligen Vortrag zu vermitteln. Die Diskussion um unsere „Leistungsgesellschaft“ wurde daher sehr einseitig geführt.

(3) Die Frage, *wie es nach einer Grundschule ohne Noten weitergeht*, war eine weitere Blockade. In jeder Diskussion wurde die Orientierungsstufe mit ihrer häufig rigiden Notenpraxis als Schreckgespenst beschworen. – Eine gute Zusammenarbeit mit der Orientierungsstufe ist uns – trotz einiger Versuche – bisher nicht geglückt. – Reformen, die *anfangen*, verunsichern dadurch, daß man nicht weiß, ob oder wie sie *weitergehen*.

(4) Wenn *Arbeitsbedingungen* im Zuge von Reformen nicht verändert werden, wird die Angst vor zusätzlicher Arbeitsbelastung sie verhindern. Prozesse des Umdenkens sind – nicht nur – bei uns LehrerInnen mühsam. Das Gefühl, Neues, Schwieriges, Ungewohntes zum „Nulltarif“, ohne Gegenleistung unter zweifellos erhöhten Anforderungen leisten zu müssen, blockiert den Weg, der theoretisch vielleicht sogar befürwortet wird.

(5) Auch wenn der Kultusminister die Schulen ermuntert hatte, Versuche, ohne Noten zu arbeiten, zu initiieren, waren *die Behörden* nicht bereit, durch konkretes Handeln den Antrag zu stützen oder gar dafür zu streiten. Die *Angst um den Schulfrieden* ließ nicht einmal die – wenn auch knappe – demokratische Mehrheitsentscheidung für einen Versuch gelten. Werden wichtige Schritte zur Veränderung nicht immer den „Frieden stören“?

In den letzten Monaten sieht es so aus, als käme gerade in den Bereich behördlicher Regelungen Bewegung. Deshalb zum Schluß noch ein Blick auf die *Bestimmungen in anderen Bundesländern*. Diskussionen um eine notenfreie Lernbeurteilung über das erste und zweite Schuljahr hinaus haben zu einigen Veränderungen geführt. Dabei geht es allerdings bisher kaum um Notenfreiheit für die gesamte Grundschulzeit. Beim Übergang auf die weiterführenden Schulen ist das Notenzeugnis fast überall unangefochten. Ausnahmen gibt es bisher nur auf Antrag in Berlin, Bremen, Brandenburg und Hamburg. Berichtszeugnisse anstelle von Noten bis zum Ende der 3. Klasse hat verbindlich Schleswig-Holstein eingeführt. In anderen Bundesländern entscheidet die Klassen- bzw. Schulkonferenz über die Zeugnis-

form im 3. und 4. Schuljahr: in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen (ab Schuljahr 94/95) und im Saarland. Manchmal wird für die Entscheidung eine 2/3-Mehrheit der Stimmberechtigten gefordert, manchmal genügt die einfache Mehrheit. Bremen hat in der neuen Zeugnisordnung die Halbjahreszeugnisse abgeschafft, statt dessen finden Elternsprechtage statt. In einigen der o. g. Bundesländer wird diese Regelung auf Antrag gewährt.

Die Diskussion um eine Grundschule ohne Noten, um Noten überhaupt, ist also nicht beendet – auch nicht an unserer Schule.

Irmi Weiland, geb. 1941, von 1979 bis 1987 Lehrerin an der Leineberg-Grundschule in Göttingen, seit 1987 Leiterin der Hainbund-Grundschule in Göttingen-Weende; Anschrift: Haardtfeld 9, 37127 Niemetal-Ellershausen